

Umweltpolitische Innovations- und Transformationsprozesse

Ein neues Wohlfahrtskonzept ist notwendig

Umweltpolitik muss zunehmend die Diskussion um Wachstum und Wohlfahrt berücksichtigen. Doch für umweltpolitische und Transformationsprozesse ist ein neues Wohlfahrtskonzept notwendig. Welche politischen Handlungsempfehlungen können dafür formuliert werden?

Von Gerd Ahlert, Hans Diefenbacher, Roland Zieschank und Bernd Meyer

Umweltpolitik hat sich in den letzten Jahren weiter in Richtung Wirtschaftspolitik entwickelt und ist dabei, ihre Wechselbeziehungen zur gesellschaftlichen Wohlfahrt insgesamt mit in ihre Entscheidungsgrundlagen einzubeziehen. Auf internationaler Ebene ist, wenn auch in Wellen, eine Intensivierung sowohl der Diskussion über die Messung von Wachstum und Wohlfahrt als auch der Diskussion über das vorherrschende Wachstums- und Wohlstandsmodell festzustellen.

Die kritische Betrachtung des Bruttoinlandsprodukts als Wohlfahrtsmaß hat die Entstehung einer Fülle neuer Wohlfahrtskonzepte befördert, die häufig dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sind. Unter Etiketten wie „Green Growth“, „Zero Growth“ und auch „Degrowth“ werden darüber hinaus vielfältige Strategien und konkrete Handlungsempfehlungen diskutiert.

Zur Aktualität der Wohlfahrtsdiskussion

Im Zuge eines Forschungsprojektes wurde eine systematische Auswertung alternativer Wohlfahrtsansätze und ökologisch orientierter Wachstumskonzeptionen und -strategien durchgeführt (Meyer/Zieschank/Diefenbacher/Ahlert 2012). Eine Synopse für mehr als 30 analysierte Ansätze hat gezeigt, dass diese inhaltlich über die traditionellen Wachstumskonzepte hinausreichen, die zum Beispiel die Lissabon-Strategie der EU oder die meisten Konjunkturprogramme nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 auszeichneten. Grünes Wachstum und Grünes Wirtschaften als vergleichsweise neues Konzept ist inzwischen aber als Agenda auch im Denken der traditionelleren Ökonomie und deren Entscheidungsträger angekommen. Das verdeutlichen sowohl Studien von OECD und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) aus den Jahren 2011 und 2012 als auch Aktivitäten einzelner Staaten während der jüngsten Wirtschaftskrise beziehungsweise

in Teilbereichen der EU-Kommission mit der EU2020-Strategie.

In diesem Kontext lässt sich außerdem eine prinzipielle Akzeptanz für Strategien zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz konstatieren. Das Gros der ausgewerteten Ansätze beinhaltet jenseits des von der internationalen Staatengemeinschaft für das Jahr 2050 vereinbarten Zwei-Grad-Klimaziels kaum weitergehende Zielfestlegungen für andere ökologische Bereiche. Obwohl die Einhaltung der planetaren Belastungsgrenzen zum Teil angesprochen wird, erfolgt zumeist keine weitere Auffächerung nach konkreten Umweltzielen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen wird innerhalb der meisten Ansätze kein systematisches Monitoring der als sinnvoll erachteten Umweltziele, geschweige denn ein alternatives, wohlfahrtsorientiertes Messkonzept vorgeschlagen. Schließlich leisten nur sehr wenige Ansätze eine umfassende modellgestützte und empirisch fundierte Wirkungsanalyse der vorgeschlagenen umweltökonomischen Instrumente und Maßnahmen.

Viele der vorliegenden Wohlfahrtskonzepte gehen somit weder auf die informatorischen Grundlagen der komplexen Wechselbeziehungen zwischen dem ökologischen, dem sozialen und dem ökonomischen System ein, noch werden in den vorgestellten Politikentwürfen die normativen Grundannahmen explizit dargelegt. Beides sind aber unverzichtbare Voraussetzungen für die Entwicklung eines modernen, ökologischen Wohlfahrtskonzepts.

Eckpunkte eines neuen Wohlfahrtskonzepts

Aufbauend auf der geschilderten Synopse sowie zwei projektbegleitenden Expertenworkshops wurden Eckpunkte eines ökologisch tragfähigen Wohlfahrtskonzepts mit den dahinter stehenden Grundstrukturen eines Wohlfahrtsmodells der Umweltpolitik entwickelt (Meyer/Ahlert/Diefenbacher/Zieschank/Nutzinger 2013). Ein nachhaltiges Wohlfahrtsmodell als Grundlage für umweltpolitische Entscheidungen sollte aus zwei Teilmodellen bestehen:

- Ein empirisches Wirkungsmodell wird benötigt, um die Zusammenhänge zwischen dem ökologischen, dem sozialen und dem ökonomischen System abschätzen zu können. Es geht über das traditionelle Modell ökonomisch-monetärer Beziehungen hinaus und bezieht auch die physisch-stofflichen Beziehungen mit ein.
- Außerdem ist ein normatives Entscheidungsmodell erforderlich, anhand dessen die Handlungsalternativen zur Erreichung des gewünschten Ziels einer nachhaltigen Wohl-

fahrtsentwicklung nicht nur ausgewählt, sondern letztlich auch bewertet werden können.

Um die politische Entscheidungsfindung transparent und nachvollziehbar zu machen, wird als Handlungsmaxime vorgeschlagen, dass stets diejenige Alternative auszuwählen wäre, welche die angesichts der bisherigen Belastungen notwendigerweise hohen Umweltziele nicht verletzt und mit der eine größtmögliche Wohlfahrt der Gesellschaft erreicht wird. Dabei wird der Begriff Wohlfahrt mehrdimensional verstanden. Neben der Güterversorgung und der Einkommensgenerierung müssen auch soziale Komponenten wie etwa die gesellschaftliche Teilhabe, Rechtssicherheit und Gesundheit sowie die Aufrechterhaltung von Ökosystemen und Gemeingütern einbezogen werden. Das Primat der ökologischen Ziele gegenüber dem Wachstumsziel muss aber nicht zwangsläufig eine wachstumskritische Implikation bedeuten. Vielmehr kann es auch um die Eröffnung von Chancen für ein neues, selektiveres Wachstum in Teilbereichen der Wirtschaft, um drastische Ressourceneffizienzsteigerungen und generell um die Sicherung gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt gehen. Eine auf diesem Verständnis aufbauende Politik würde den bislang schleichenden und oft ignorierten Abbau von Naturkapital sowie soziale Erosionsprozesse nicht in Kauf nehmen, um quantitatives Wirtschaftswachstum zu befördern.

Die Idee eines so gestalteten Wohlfahrtskonzepts erleichtert die Erkenntnis, dass eine vorrangige Orientierung an ökologischen Zielen auch das wirtschaftliche Kapital und das Sozialkapital beeinflusst. Auf diesem Weg entwickelt sich Umweltpolitik zwangsläufig weiter zu einer Gesellschaftspolitik. Darin liegen Risiken wie Chancen, die offengelegt werden müssen.

Schlussfolgerungen

Die hier kurz umrissenen Überlegungen zeigen, dass der Politik eine besondere Verantwortung für solche komplexen Transformationsprozesse zukommt, da sie als einzige Institution legitimiert ist, gesellschaftlich bindende Entscheidungen herbeizuführen.

Aus Sicht unserer Forschungsergebnisse lassen sich folgende Handlungsempfehlungen an die Politik richten:

- Aus der Politik müssen wieder Debatten über langfristige Umweltziele initiiert werden, die über relative Effizienzsteigerungsmaße hinausgehen und „absolute“ Qualitätsziele formulieren.
- Die Forschung über planetare und nationale ökologische Grenzen muss beschleunigt, ein fachlicher Konsens muss auch jenseits der Klimaproblematik, wo immer möglich, angestrebt werden.
- In Gesellschaft und Politik muss versucht werden, einen Konsens über neue Handlungsprioritäten zu erzielen und zu festigen, der die gleichzeitige Förderung von wirtschaftlichem, ökologischem und sozialem „Kapital“ unterstützt.
- Dafür müssen jedoch die Wechselwirkungen zwischen ökologischen und sozio-ökonomischen Systemen transparenter

gemacht werden – unter anderem durch den Ausbau der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) und die Berechnung neuer Wohlfahrtsmaße, wie etwa den „Nationalen Wohlfahrtsindex“.

- Die nun vorliegende empirisch-analytische Grundstruktur eines Wohlfahrtsmodells bedarf weiterer Forschung, um hierauf aufbauend den umweltpolitischen Entscheidungsträgern funktionierende datengestützte und normative Modelle als Informationsgrundlage bereitstellen zu können.
- Schließlich müssten die Zusammenhänge der „Ko-Evolution“ von Staat und sozial-ökologischer Marktwirtschaft weiter erforscht werden, da sich hier die Interaktionen und Entwicklungsdynamiken zu einer neuen Qualität verdichten, die von der traditionellen Systemtheorie nicht mehr ausreichend verstehbar sind.

Literatur

- Diefenbacher, H. / Zieschank, R. / Held, B. / Rodenhäuser, D. (2013): NWI 2.0 – Weiterentwicklung und Aktualisierung des Nationalen Wohlfahrtsindex. Heidelberg/Berlin.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2010): Europa 2020 – Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Brüssel.
- Meyer, B. / Zieschank, R. / Diefenbacher, H. / Ahlert, G. (2012): Synopse aktuell diskutierter Wohlfahrtsansätze und grüner Wachstumskonzepte. ffu Report 03-2012, Berlin.
- Meyer, B. / Ahlert, G. / Diefenbacher, H. / Zieschank, R. / Nutzinger, H. (2013): Eckpunkte eines ökologisch tragfähigen Wohlfahrtskonzeptes. GWS Research Report 2013/1, Osnabrück.
- OECD (Hrsg.) (2011): Towards Green Growth. Paris, DOI: 10.1787/9789264111318-en.
- Stiglitz, J. E. / Sen, A. / Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris.
- UNEP (Hrsg.) (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. Nairobi.

■ AUTOREN + KONTAKT

Gerd Ahlert ist Diplom-Volkswirt und seit Gründung der GWS mbH im Jahr 1996 dort Mitarbeiter.

Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturfor-
schung (GWS) mbH, Heinrichstr. 30, 49080 Osnabrück.
E-Mail: ahlert@gws-os.com



Dr. Hans Diefenbacher ist Professor am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg.
Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg,
Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg.
E-Mail: hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de



Roland Zieschank ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum für Umweltpolitik.
Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU),
Freie Universität Berlin, Ihnestr. 22, 14195 Berlin.
E-Mail: zieschank@zedat.fu-berlin.de



Dr. Bernd Meyer ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre und wissenschaftlicher Leiter der GWS mbH
Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturfor-
schung (GWS) mbH, Heinrichstr. 30, 49080 Osnabrück.
E-Mail: meyer@gws-os.com



Copyright © 2013, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).